



Naturschutzbund Deutschland Gruppe Obertshausen e.V.

Ausgezeichnet mit dem Umweltpreis
des Kreises Offenbach 2007

Vor der Kommunalwahl im März 2021: Die Antworten der Parteien

Die Naturschutzverbände Naturschutzbund Deutschland NABU (Ortsgruppe Obertshausen) und HGON (Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz) haben den fünf Parteien, die am 14. März 2021 zur Kommunalwahl in Obertshausen antreten, fünf Fragen zu Umwelt- und Naturthemen gestellt.

Alle Parteien haben geantwortet und ihre Stellungnahme abgegeben. Zu vier Punkten sind Bemerkungen der Verbände angefügt.

1. Feldschütz

Wie stehen Sie zu der Schaffung einer solchen Stelle für Obertshausen?

Bürger, CDU und SPD halten die Stelle eines Feldschützen für sinnvoll. Es ist angedacht, zwei neue Stellen für die Ordnungspolizei zu schaffen, die aber durch die angespannte finanzielle Haushaltslage mit einer Besetzungssperre versehen sind. Wird diese aufgehoben, könnte eine dieser Stellen die Aufgaben eines Feldschützen wahrnehmen.

Die FDP sieht diese Stelle als unrealistisch an, sie setzt eher auf eine freundlich-bestimmte Ansprache bei Fehlverhalten. Auch die Grünen hoffen eher auf die Vernunft der Bürger, beispielsweise bei Hundehaltern.

Anmerkungen der Verbände: Leider haben die Ehrenamtlichen der beiden Naturschutzverbände häufig das Problem, dass Hund und Herrchen oder Frauchen uneinsichtig durch Naturgebiete laufen und Flora und Fauna stören oder zerstören. Die Bitte um Einsicht hat jahrzehntelang zu keinem großen Erfolg geführt.

2. Leinenpflicht für Hunde (Gefahrenabwehrverordnung)

Wie stehen Sie zu der Einführung von einer Leinenpflicht in Obertshausen (Stadt und Gemarkung)?

Diese Frage hat sich zum Teil erübrigt: Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Leinenpflicht auf sämtlichen Grünflächen und im Wald in der Gefahrenabwehrordnung aufgenommen. Diese gilt für die Zeit vom 1. März bis zum 15. Juli.

Die SPD hätte die Zeitspanne gerne bis zum 30. September gesehen.

Die Grünen setzen auch auf Informationskampagnen, um ein konfliktfreies Miteinander zwischen Hundebesitzern, Radfahrern und Spaziergängern zu gewährleisten.

3. Baumsatzung

Wie stehen Sie zu der Verabschiedung einer detaillierten Baumschutzverordnung?

Die CDU sieht die Baumsatzung schon im Bundesnaturschutzgesetz verankert, die FDP hat Angst, dass nach Bekanntwerden einer detaillierten Satzung präventiv Bäume gefällt werden und die Bürger sind auch dagegen.

SPD und Grüne befürworten eine Baumschutzverordnung, beispielsweise nach dem Vorbild aus Heusenstamm (SPD).

Anmerkungen der Verbände: Im Bundesnaturschutzgesetz ist lediglich ein Schutzzeitraum für die Zeit zwischen dem 1. März und 30. September festgelegt, in dem ein Fäll- und Schnittverbot festgelegt ist.

Bäume in Haus- und Kleingärten, Rasensportanlagen, Grünanlagen und Friedhöfen fallen allerdings nicht unter das zeitlich befristete Fällverbot.

Das Bundesnaturschutzgesetz bietet die Möglichkeit, in bestimmten Gebieten den gesamten Bestand an Bäumen und Hecken unter Schutz zu stellen. Die Länder haben die Gemeinden oder Kreisverwaltungsbehörden zum Erlass von solchen Baumschutzverordnungen ermächtigt. Kommunen, die bisher eine Baumschutzverordnung (auch Baumschutzsatzung genannt) erlassen haben, befinden sich allerdings in der Minderheit.

So wie es aussieht, ist bei den Obertshausener Kommunalpolitikern die Angst vor dem Unwillen der Grundstücksbesitzer zu groß!?

4. Schottergärten

Wie stehen Sie zum Verbot von Schottergärten?

Alle Parteien sprechen sich gegen ein Verbot im privaten Bereich aus, da dies einen Eingriff in Eigentumsrechte bedeute (CDU) oder dazu führe, pflegeleichte Sträucher zu pflanzen (FDP).

SPD, Bürger und Grüne setzen auf Aufklärung, dies könne auch eine Aufgabe des neuen Klimaschutzbeauftragten der Stadt sein.

Anmerkungen der Verbände: Das Insektensterben ist inzwischen quasi in aller Munde, es gibt Kampagnen wie „Rettet die Bienen“ und für die Anlage von Blühflächen wird mit Samentütchen geworben. Auch in der Stadt Obertshausen sind solche Flächen bereits geplant.

Steingärten ohne jegliches Grün tragen mit dazu bei, das Stadtklima weiter anzuheizen statt abzukühlen - und das im Zeichen des Klimawandels! Vielleicht noch nach dem Motto: Vor dem Haus ein Schottergarten, aber im Haus eine Klimaanlage?

Es ist völlig unverständlich, dass dies kommentarlos akzeptiert wird. Gibt es nicht Festsetzungen in den Bebauungsplänen, in denen Grünflächen festgeschrieben sind?

Für alle Bewohner der Stadt ist wichtig, dass die Lebensqualität stimmt. Und ein jeder sollte seinen Beitrag dazu leisten. Und wenn es nur die klima- und insektenfreundliche Gestaltung des Gartens ist. Wozu braucht man einen Garten, wenn er mit Steinen zugeschüttet wird?

In Baden-Württemberg hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ letztendlich den Anstoß für eine Gesetzesnovelle gegeben, wonach die Anlage von Schottergärten auch auf Privat-

grundstücken verboten ist. Die Errichtung neuer Schottergärten ist grundsätzlich unzulässig. Zudem heißt es deutlich, Gartenanlagen müssten insektenfreundlich gestaltet und Gartenflächen vorwiegend begrünt werden.

So bleibt die Frage, warum in Obertshausen nicht möglich ist, was andere Kommunen und selbst Länder praktizieren.

Klimaschädlich und lebensfeindlich: Garten als tote Steinwüste.

Foto:
NABU/Dietmar Oeliger



5. Verkehr

Wie stehen Sie,

a) zu einem Einbahnstraßen-Versuch in der Heusenstammer/ Bahnhofstr.?

Die FDP spricht sich gegen einen Versuch einer Einbahnstraßenregelung aus, sie befürchtet ein eher größeres Verkehrsaufkommen. Der Radverkehr in Nebenstraßen müsste attraktiver und sicherer gemacht werden.

Alle anderen Parteien sehen einen solchen Versuch positiv.

b) zu einer generellen Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h oder 40 km/h im gesamten Stadtgebiet?

Die FDP meint, dass in den meisten Straßen schon eine solche Beschränkung sei, die Hauptstraßen müssten leistungsfähig bleiben.

Die anderen Parteien halten eine Temporeduzierung auf örtlichen Straßen für sinnvoll.

Anmerkung der Verbände: Die Anwohner der Hauptstraßen leiden schon seit Jahrzehnten unter diesen „leistungsfähigen“ Straßen. Die Umgehungsstraße hat kaum Entlastung gebracht.

c) zu einer verschärften Geschwindigkeitskontrolle im gesamten Stadtgebiet?

Hier herrscht Einigkeit im Grundsätzlichen.

Die FDP hätte lieber mehrere stationäre Blitzer statt des Enforcement Trailers gehabt. Es herrscht Konsens, dass noch mehr Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden müssen, um die Einhaltung der Regeln (Tempo 30/40/50) zu gewährleisten.